

Europäische Souveränität – Chancen einer mißverstandenen Debatte

von Dr. Wolfgang Vonnemann, Berlin

Weckt die Debatte über eine „europäische Souveränität“ Erwartungen, die nicht realistisch sind, wie Peter Fischer-Bollin in seinem Beitrag vom 27.12.2020 auf ntv.de meint? Nein, tatsächlich bietet dieser Begriff, der inzwischen zu einem Label für eine Diskussion über die Fortentwicklung der europäischen Union geworden ist, die Chance, daß aus einer notwendigen Debatte notwendige politische Realitäten entstehen.

Angestoßen hat diese Diskussion Emmanuel Macron in seiner Rede an der Sorbonne am 26. September 2017. Seine europapolitische Agenda faßt er in dieser Rede so zusammen:

„Allein Europa kann tatsächliche Souveränität gewährleisten, das heißt die Fähigkeit, in der heutigen Welt zu bestehen, um unsere Werte und unsere Interessen zu verteidigen. Es gilt, eine europäische Souveränität aufzubauen, und es besteht eine Notwendigkeit, sie aufzubauen.“

Der französische Präsident hält europäische Souveränität für notwendig in Bereichen wie der Außen- und Verteidigungspolitik, der Sicherung der europäischen Grenzen, der Migrationspolitik, und der europäischen Fiskalpolitik.

Natürlich bedeutet europäische Souveränität etwa in der Verteidigungspolitik, daß die Nationalstaaten diese Kompetenz zugunsten Europas aufgeben, so wie das etwa in der Handelspolitik und insbesondere in der Geldpolitik durch die Schaffung einer gemeinsamen Währung bereits geschehen ist. Aber würden Nationalstaaten dadurch abgeschafft, wie Fischer-Bollin befürchtet? Wohl kaum, denn die Europäische Union basiert ja gerade auf der freiwilligen Übertragung von Kompetenzen auf die europäische Ebene in Bereichen, in denen ein einzelner Nationalstaat, und sei es auch eines der größeren Länder Europas wie Frankreich oder Deutschland, seine Aufgaben nicht mehr allein wahrnehmen kann. Die äußere Sicherheit gehört, auch nach Ansicht Fischer-Bollins, dazu, plädiert er doch in seinem Beitrag für die Investition der EU-Mitgliedstaaten „in gemeinsame militärische Fähigkeiten und Zukunftstechnologien“ und für gemeinsames verteidigungspolitisches Handeln. Warum dann aber nicht konsequent sein und eine wirkliche europäische Verteidigungspolitik und eine europäische Armee aufbauen – und damit auf Sicht zu einer sehr viel effizienteren Verwendung der Mittel zu gelangen, die derzeit von fast allen EU-Ländern für Verteidigung ausgegeben werden.

Warum nicht Außenpolitik von einem europäischen Außenminister wahrnehmen lassen und den französischen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UN diesem europäischen Außenminister überlassen und auf eine eigenständige nationale Außenpolitik, deren Einfluß eher begrenzt denn sichtbar ist, verzichten?

Wer dadurch das Ende des Nationalstaats heraufbeschworen sieht, der muß die Frage beantworten, warum dieses Ende nicht bereits im Jahre 1999 mit der Aufgabe der eigenen Währung eingetreten ist, ist doch die Deutsche Mark ein wesentlicher Teil der deutschen Souveränität gewesen.

Nein, die EU ist eine Organisation, die aus Nationalstaaten besteht. Und souveräne Nationalstaaten sind solche, die Kompetenzen in Bereichen vergemeinschaften, in denen nationalstaatliches Handeln nicht sinnvoll oder möglich ist, und die sich in allen anderen Bereichen eigenverantwortliches Handeln vorbehalten. Diese geteilte Souveränität ist das Bauprinzip eines föderalen Europas, ein föderales Europa übrigens, das jeder Mitgliedstaat ebenso verlassen können sollte wie es jetzt in der EU möglich ist. Daß nationalistische Populisten gegen die Übertragung von Souveränität auf die europäische Ebene mit dem Schreckgespenst eines europäischen Superstaates Stimmung machen werden, wird man ebensowenig verhindern können wie die großenteils verlogene Kampagne der Brexiteers in Großbritannien – aber man kann gegenhalten und darf sich vor allem davon nicht das eigene politische Handeln diktieren lassen.

Wer zumal in Deutschland glaubt, die von Frankreich angestoßene Debatte über europäische Souveränität sei nichts weiter als eine anregende Beschäftigung für Intellektuelle, der verkennt die Entschlossenheit Frankreichs, mit Hilfe dieser Debatte eine europapolitische Strategie umzusetzen. Der neue europäische Haushalt mit dem schuldenfinanzierten Corona-Hilfsprogramm ist für Emmanuel Macron, wie er in seinem ausführlichen Interview in „Le Grand Continent“ (<https://geopolitique.eu/en/macron-grand-continent/>) dargelegt hat, ein „historischer Kompromiß“ und ein erster Schritt auf dem Weg zu einer europäischen Fiskalunion.

Dieser Schritt ist aus der Not heraus geboren, fügt sich aber nach französischer Überzeugung in die eigene europapolitische Strategie ein. Er macht insbesondere die deutschen wirtschaftlichen Ressourcen für Europa nutzbar. Und da nach Corona „so sicher wie das Amen in der Kirche“ andere Krisen auf Europa zukommen werden und Deutschland sich auch in Zukunft der Inanspruchnahme seiner wirtschaftlichen Ressourcen für Europa trotz aller

politischen und rechtlichen Bedenken nicht wird entgegenstellen können, will es nicht das europäische Einigungswerk auf's Spiel setzen, kann die deutsche Politik nur das tun, was es bereits bei der Entstehung der Währungsunion getan hat: die Chance, welche die Debatte über die europäische Souveränität bietet, nutzen und den Aufbau europäischer Souveränität im europäischen, aber auch im eigenen Interesse maßgeblich mitgestalten. Das schließt die Chance ein, Frankreich auch in den Bereichen herauszufordern, in denen es, wie etwa in der Außen- und Verteidigungspolitik, mutmaßlich zögerlicher bei dem Verzicht auf nationale Souveränität sein wird als im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Dr. Wolfgang Vonnemann, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, ist beruflich als Anwalt in Berlin tätig und beschäftigt sich seit geraumer Zeit mit Europa und speziell der Fortentwicklung des europäischen Einigungsprozesses (<https://createeurope.de>)